



Annemasse zieht die Bremse an – Fahrräder und E-Scooter aus der Fußgängerzone verbannt

In Annemasse endet vorerst die Idee vom harmonischen Nebeneinander auf engem Raum. Die Stadtverwaltung hat beschlossen, Fahrräder und E-Scooter aus den Fußgängerzonen der Innenstadt weitgehend zu verbannen. Wer künftig tagsüber durch die Einkaufsstraßen rollen möchte, muss absteigen und schieben. Die Regel gilt von Montag bis Samstag, nachts zwischen Mitternacht und acht Uhr bleibt die Durchfahrt erlaubt. Wer sich nicht daran hält, riskiert ein Bußgeld von bis zu 150 Euro.

Die Entscheidung markiert einen deutlichen Kurswechsel.

Noch vor wenigen Monaten sprach die Stadt bei der Umgestaltung des Zentrums von einer „beruhigten Innenstadt“, in der sich Fußgänger, Radfahrer und Nutzer von Trottoirs den öffentlichen Raum teilen sollten – gegenseitige Rücksichtnahme inklusive. Jetzt klingt der Ton rauer. Bürgermeister Gabriel Doublet setzt auf Härte, auf sichtbare Ordnung und auf eine Sicherheitsstrategie, die in Annemasse inzwischen überall spürbar ist. Mehr Stadtpolizei, Videoüberwachung, konsequente Ahndung kleiner Verstöße – die berühmte Null-Toleranz-Linie.

Man kennt solche Entwicklungen aus vielen französischen Städten. Erst entstehen neue Radwege, danach wächst der Konflikt mit Fußgängern, irgendwann folgen Einschränkungen. Ein bisschen wie beim Familienurlaub im Auto: Anfangs wollen alle Musik hören, später streitet man darüber, wer überhaupt noch reden darf.

Juristisch bewegt sich die Stadt durchaus auf sicherem Boden. Das französische Straßenrecht erlaubt lokalen Behörden, eigene Regeln für Fußgängerbereiche festzulegen. Fahrräder dürfen dort zwar grundsätzlich im Schritttempo fahren, doch Kommunen besitzen Spielraum für strengere Vorgaben. Für elektrische Tretroller gelten ohnehin schon enge Grenzen. Besonders ältere Menschen oder Familien mit Kindern beklagen seit Jahren riskante Situationen auf engen Gehwegen und Plätzen.

Und ja – wer einmal beinahe von einem lautlosen E-Scooter gestreift wurde, versteht die Nervosität sofort.

Politisch bleibt die Sache trotzdem heikel. Kritiker werfen der Stadt vor, ausgerechnet jene Verkehrsmittel auszubremsen, die eigentlich Teil der ökologischen Wende sein sollen. Schließlich investierten viele Kommunen jahrelang Millionen in sanfte Mobilität, Fahrradförderung und autofreie Zentren. Nun trifft die neue Regel auch jene Radfahrer, die sich korrekt verhalten. Die Opposition spricht deshalb von einer pauschalen Bestrafung wegen einiger weniger Rücksichtsloser.



Annemasse zieht die Bremse an – Fahrräder und E-Scooter aus der Fußgängerzone verbannt

Genau dort liegt der Kern des Problems. Städte wollen lebendige Innenstädte ohne Autos, zugleich sollen sich Fußgänger sicher fühlen. Beides gleichzeitig hinzubekommen, gleicht manchmal dem Versuch, auf einem Fahrrad einen Espresso zu transportieren – theoretisch machbar, praktisch ziemlich wacklig.

Denn Verbote allein lösen selten dauerhaft Konflikte. Wenn Radfahrer keine klaren Alternativrouten finden, weichen sie auf Gehwege oder Nebenstraßen aus. Wenn Kontrollen willkürlich wirken, wächst der Frust. Und wenn Städte zwar das Fahrrad politisch feiern, ihm im Alltag aber ständig Grenzen setzen, entsteht ein widersprüchliches Signal.

Annemasse steht damit exemplarisch für viele europäische Kommunen. Die Debatte dreht sich längst nicht mehr nur um Verkehr, sondern um die Frage, wem die Stadt eigentlich gehört. Den Flaneuren? Den Pendlern? Den Radfahrern? Oder allen gemeinsam?

Die Antwort darauf entscheidet am Ende nicht ein Verbotsschild allein, sondern die Art, wie öffentlicher Raum organisiert wird. Ein friedliches Zentrum entsteht nicht durch reine Härte. Sondern durch Regeln, die nachvollziehbar bleiben – und durch Platz für alle.

Von C. Hatty